



20. März 2003, Hannover, Altes Rathaus. Susanne Müller, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, eröffnet zum Auftakt der Veranstaltung „Rettet die Bildung – Qualität braucht gute Arbeitsbedingungen“ die Sitzung des GEW-Landesvorstands.



Arbeitsbelastungen und ihre Folgen sind ein entscheidender Gradmesser für die Arbeitsbedingungen im Schulbereich. Prof. Dr. H.G. Schönwälder bei seinem Referat. Der GEW-Vorstand beschließt dazu das nebenstehende Manifest.

Die Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich haben sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Zu wenig finanzielle Mittel werden für deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen bereit gestellt. In einigen Bereichen – wie zum Beispiel in der Erwachsenenbildung – werden Mittel einfach gestrichen. Die politischen und gesellschaftlichen Anforderungen an die einzelnen Arbeitsbereiche im Bildungswesen sind erheblich erhöht worden. Laufend sind zusätzliche Aufgaben entstanden, für die kein entsprechender Ausgleich erfolgt. Im Beamtenbereich kennzeichnet die hohe Zahl der Frühpensionierungen die schlechte Situation deutlich. In den Schulen leisten die Beschäftigten unterdessen Mehrarbeit im Umfang von 7600 Stellen. Es fehlt der notwendige Nachwuchs, der durch die schlechten Bedingungen gerade auch im Schulbereich von dem Ergreifen eines pädagogischen Berufs abgeschreckt wird.

Gleichzeitig wird allseits gefordert, die Qualität im Bildungsbereich zu erhöhen. Dies kann nur dann verwirklicht werden, wenn die Arbeitsbedingungen entschieden verbessert werden. Der erweiterte Landesvorstand der GEW Niedersachsen stellt dazu auf seiner Sitzung am 20. März in Hannover insbesondere fest:

# RETTET DIE BILDUNG

– Qualität braucht gute Arbeitsbedingungen

- Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten darf sich nicht weiter erhöhen. Dies betrifft nicht nur die Frage der Arbeitszeit an sich, sondern auch die Zuweisung neuer Aufgaben. Für die Übernahme neuer Aufgaben muss sofort ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden. Im Schulbereich ist die Anzahl der Anrechnungsstunden zu erhöhen. Die Landesregierung wird aufgefordert, mindestens mittelfristig für eine tatsächliche Senkung der Arbeitszeiten in hoch belasteten Teilen des Bildungsbereichs zu sorgen.
- Die finanzielle und sachliche Ausstattung aller Bereiche muss verbessert werden.
- Es dürfen im Bildungsbereich keine Arbeitsverhältnisse entstehen, die zu einer Entprofessionalisierung in Teilen des Bildungssystems führen. Der BAT muss Grundlage aller Beschäftigungsverhältnisse im Angestelltenbereich sein.
- Die Rechte der Personalvertretungen auf allen Ebenen müssen ausgebaut werden. Das Personalvertretungsgesetz muss in diesem

Sinne novelliert und zukünftigen Gegebenheiten angepasst werden. Die Freistellung der Personalräte vor Ort ist dringend zu verbessern. Demokratische Strukturen in den Bildungseinrichtungen müssen ausgebaut werden.

- Entlastende Arbeitszeitregelungen für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wie die Altersteilzeit müssen fortgesetzt werden. Jüngere Beschäftigte im Schulbereich dürfen nicht weiter mit erzwungenen Arbeitszeitkonten belastet werden. Die Regelung der Arbeitszeitkonten ist auf Freiwilligkeit zu beschränken, der Ausgleich der bisherigen Mehrarbeit durch Arbeitszeitkonten muss finanziell abgesichert und zeitlich vorgezogen werden.
- Der Stellenwert von Arbeits- und Gesundheitsschutz muss erhöht werden.

Diese Forderungen sind nicht nur im Sinne der Beschäftigten notwendig, sondern sie sind auch die Grundlage dafür, dass im Bildungsbereich für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gerechtere, bessere, vielfältigere und zukunftsorientierte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

GEW Niedersachsen Berliner Allee 16 30175 Hannover eMail@gew-nds.de



20. März, nachmittags: Öffentliche Aktionen auf dem Platz vor der Marktkirche. Symbolisch werden Lehrerinnen und Lehrer „durch die Mangel gedreht“. Die Aussage: Wir lassen uns nicht länger ausquetschen.



Die GEW backt 2500 neue Lehrkräfte – und verteilt sie an Veranstaltungsteilnehmer und Publikum. Rettungsringe symbolisieren den Notstand der Bildung. Die gesamte Veranstaltung ist Teil der bundesweiten GEW-Bildungskampagne, die von allen Landesverbänden mitgetragen und ihren Höhepunkt am 27. Juni, dem „Tag der Bildung“, haben wird. Fotos (4): Richard Lauenstein